

Rechts- und Justizsystems, um die sich eine Minderheit aufgeklärter Juristen und Funktionäre in Beijing bemüht. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(13)

Konferenz der Akademiemitglieder

Vom 3.-7. Juni 1996 kamen in Beijing die Akademiemitglieder der beiden naturwissenschaftlich-technischen Akademien, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, zu ihrer 8. bzw. 3. Konferenz zusammen. Die 7. Konferenz der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, während der die Akademie der Ingenieurwissenschaften gegründet worden war, hatte im Juni 1994 stattgefunden (vgl. C.a., 1994/6, Ü 14). Künftig werden die Konferenzen der Akademiemitglieder der beiden Akademien gemeinsam veranstaltet, und zwar alle zwei Jahre. Von der Akademie der Wissenschaften nahmen 500, von derjenigen der Ingenieurwissenschaften 300 Akademiemitglieder teil. Auf der Konferenz waren hohe Regierungsvertreter anwesend; Ministerpräsident Li Peng hielt eine Rede, in der er die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas betonte.

Die Präsidenten beider Akademien, Zhou Guangzhao bzw. Zhu Guangya, unterbreiteten ihre Tätigkeitsberichte (RMRB, GMRB, XNA, 4.6.96 u. 8.6.96). Zhou Guangzhao bezeichnete in seinem Bericht Grundlagenforschung, Forschung über die natürlichen Ressourcen, Umwelt und Ökologie sowie die Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Volkswirtschaft und von neuen und High-Tech-Industrien als Schwerpunkte der Arbeit der Akademie der Wissenschaften. Man werde sich bemühen, das ökologische Netzwerk Chinas auszubauen und eine wissenschaftliche Basis für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung bieten. Ferner wolle man eine Reihe von High-Tech-Unternehmen auf den Gebieten Informationswesen, Materialkunde, Biotechnologie und Medizin gründen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Beratung der politischen Führung hinsichtlich der sozioökonomischen Entwicklung und der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Innerhalb der nächsten fünf

Jahre, so kündigte Zhou außerdem an, werde die Akademie mehr als 10.000 Postgraduierte, Doktoranden und Post-Doc-Wissenschaftler ausbilden. (XNA, 5.6.96)

Erstmals nahmen an der Konferenz auch fünf der 14 ausländischen Akademiemitglieder teil, die 1994 gewählt worden waren (vgl. C.a., 1994/6, Ü 15). Bei den fünf Teilnehmern handelte es sich um Ausländer chinesischer Herkunft, namentlich den Nobel-Preisträger Chen Ning Yang; den Präsidenten der California University, Berkeley, Chang-lin Tien; den emeritierten Professor für Mathematik der California University, Berkeley, Shiing-shen Chern; Samuel Ting aus Westeuropa; und Leroy Chang aus Hongkong. (XNA, 4.6.96) Auf der Abschlusssitzung wurde eine weitere Gruppe von zehn ausländischen Wissenschaftlern zu Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften gewählt; wie schon bei der ersten Gruppe sind auch die neu gewählten Mitglieder in der Mehrzahl chinesischer Herkunft. Die Namen der neuen ausländischen Mitglieder lauten: Robert W. Cahn (Großbritannien), A.Y. Cho (USA), W.N. Christiansen (Australien), C.W. Chu, Y.W. Kan, Charles K. Kao, T.Y. Lin, H.K. Mao, Y.R. Shen (alle aus USA), P.J. Wyllie (Großbritannien). Auch für die Akademie der Ingenieurwissenschaften wurden jetzt ausländische Techniker zu Akademiemitgliedern gewählt, insgesamt sieben, darunter zwei chinesischer Herkunft, nämlich der bekannte Architekt Ieoh Ming Pei und der Experte für Faseroptik-Kommunikation Tingye Li (beide USA), außerdem drei weitere Amerikaner, ein Japaner und ein Russe (vgl. XNA, 8.6.96).

Die Akademie der Wissenschaften wählte auch ihr Präsidium neu. Es besteht aus 19 Personen; Zhou Guangzhao wurde in seinem Amt als Akademiepräsident bestätigt (GMRB, 8.6.96).

Auf der Konferenz wurden insgesamt 160 Forschungsberichte und Fachvorträge gehalten. Außerdem diskutierten die Akademiemitglieder eingehend über die Strategie, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu führen, und über die Forschungsplanung für die Arbeit im Rahmen des 9. Fünfjahrplans (1996-2000) und des längerfristigen Entwicklungsplans bis zum Jahre 2010.

Schließlich wurden auf der Konferenz begehrte Wissenschaftspreise verliehen. Sie bilden mittlerweile einen festen Be-

standteil des Wissenschaftssystems, um Anreize für Wissenschaftler zu schaffen. Den angesehenen Tan Kah Kee (Chen Jiageng)-Preis, der in diesem Jahr zum sechstenmal vergeben wurde, erhielten acht Wissenschaftler, darunter der Aerologe Ye Duzheng und Yang Jiachi, der in den sechziger Jahren an der Entwicklung von Lenkflugkörpern und der Atombombe beteiligt war und ein Experte für bergungsfähige Satelliten ist. Die Preisträger wurden mit einer Medaille und jeweils 100.000 Yuan ausgezeichnet. Der Tan Kah Kee-Preis wurde 1988 eingerichtet. Das Stiftungskapital kommt aus dem Nachlaß von Tan Kah Kee, einem wohlhabenden Auslandschinesen, der in China Schulen und Hochschulen baute. Ein zweiter Wissenschaftspreis, der "Chinesische Preis für Ingenieurwissenschaft und -technik", wurde zum erstenmal verliehen. Er ging an zwölf Wissenschaftler und Techniker, darunter den 93jährigen Maschinenbauer Shen Hong, den Automationsexperten Jiang Xinsong, Pionier der chinesischen Roboterindustrie, und den Wasserbautechniker Zhang Guandong. (Vgl. RMRB u. XNA, 8.6.96)

*(14)

Gründung zweier mathematischer Forschungszentren

Am 9. Juni 1996 wurde in Beijing ein "Zentrum für mathematische Forschung und Ausbildung" gegründet mit dem Ziel, die Forschung auf dem Gebiet der Mathematik zu fördern und hochqualifizierte Mathematiker auszubilden. Das Zentrum wird von mehreren Schwerpunktuniversitäten betrieben und dient der Vernetzung der mathematischen Institute dieser Universitäten. Das Zentrum untersteht der Staatlichen Bildungskommission, die mehr als 1 Mio. Yuan Anschubfinanzierung zur Verfügung stellte. Die beteiligten Institute praktizieren Personalaustausch und gemeinsame Verwendung der Ressourcen. Das Zentrum soll eine offene, wissenschaftliche Atmosphäre schaffen, die es den Wissenschaftlern ermöglicht, hervorragende Ergebnisse in der Mathematik und ihren Anwendungsgebieten zu erzielen und Nachwuchswissenschaftler von internationalem Niveau für das nächste Jahrhundert auszubilden. (GMRB, XNA, 10.6.96) Weiterhin verlautete, daß die Staatliche Bildungskommission die mathematische Forschung und Ausbildung an der Beijing-, Nankai-, Fudan- und Qinghua-Universität weiter unterstützen werde (GMRB,

10.6.96). Inwieweit diese Universitäten auch die Träger des neugegründeten Zentrums sind oder ob zu diesem noch andere Universitäten zählen, wurde nicht mitgeteilt.

Einen Tag später wurde in Beijing ein weiteres mathematisches Forschungszentrum gegründet, nämlich eines der Akademie der Wissenschaften, das den Namen "Chenxing-Zentrum für Mathematik an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften" trägt. Zugleich mit der formalen Gründung des Zentrums fand in Beijing die Grundsteinlegung für ein Gebäude für das Chenxing-Zentrum statt. Die Errichtung dieser mathematischen Forschungsstätte an der Akademie der Wissenschaften wird von der Hongkonger Chenxing-Gruppe unterstützt. Ziel der Einrichtung ist die Ausbildung hervorragender Nachwuchswissenschaftler auf dem Gebiet der Mathematik, insbesondere im Hinblick auf den im Jahre 2002 in China stattfindenden internationalen Mathematikerkongreß. Das Zentrum soll sich den neuesten Forschungsgebieten widmen, wissenschaftliche Beziehungen mit dem Ausland sowie mit Hongkong, Macao und Taiwan pflegen und die Zusammenarbeit der Mathematik mit anderen Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft fördern. Zhou Guangzhao (Präsident der Akademie der Wissenschaften), Chen Qizong und Chen Dongzong wurden zu Ehrenvorsitzenden des Zentrums ernannt, der Vizepräsident der Akademie, Xu Zhihong, zum Vorstandsvorsitzenden. (GMRB, 11.6.96)

Die Gründung gleich zweier mathematischer Forschungszentren zeigt, daß China der Bedeutung der Mathematik als Grundlagenwissenschaft für eine ganze Reihe moderner naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen Rechnung trägt. Für seine angestrebte Position als fortgeschrittene Wissenschaftsmacht im 21. Jh. betrachtet China eine Stärkung der mathematischen Forschung, insbesondere die Ausbildung hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses als unabdingbar. Darüber hinaus unterstreicht zumal die erstgenannte Gründung, daß auch in China Zusammenarbeit zum Zwecke der Bündelung der Kräfte und Ressourcen gefordert wird. Nicht zuletzt steht die Gründung beider Zentren auch im Zusammenhang mit dem internationalen Mathematikerkongreß, den China im Jahre 2002 ausrichtet. In einem Interview der *Guangming-Zeitung* mit zwei Mitgliedern der Akademie der Wissen-

schaften anlässlich der Gründung der beiden Mathematikzentren wurde auf die Fortschritte der mathematischen Forschung in China seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik hingewiesen, zugleich aber auch betont, daß noch ein ziemlich großer Abstand zum internationalen Standard bestehe (GMRB, 11.6.96). -st-

*(15)

Computerisierung der Akademie der Sozialwissenschaften

Die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften hat alle Mitarbeiter unter 45 Jahre aufgefordert, sich innerhalb von drei Jahren EDV-Kenntnisse anzueignen. Sowohl für die wissenschaftlichen Mitarbeiter als auch für das Verwaltungspersonal werden EDV-Kurse veranstaltet. Zusätzlich soll eine Gruppe von Systemverwaltern und Computerexperten ausgebildet werden, die die vollständige Computerisierung der Akademie bis zum Jahr 2000 vornehmen soll. Bis dahin sollen alle 40 Institute der Akademie der Sozialwissenschaften untereinander vernetzt und auch ans Internet angeschlossen sein. Bislang haben Geldmangel und mangelnder Sinn für das Arbeiten am Computer eine Modernisierung der Arbeitsweise an der Akademie verhindert. Die Tausende von Mitarbeitern arbeiten zum größten Teil auf konventionelle Art und Weise und sind nicht auf technische Neuerungen erpicht. Viele Wissenschaftler haben jedoch bei Besuchen im westlichen Ausland feststellen können, wie beliebt und verbreitet Computer in den dortigen Universitäten und Forschungsinstituten sind. (Vgl. XNA, 15.6.96) Dies hat zumindest die jüngeren Akademiemitarbeiter für die neue Technologie aufgeschlossen gemacht. Von den älteren Wissenschaftlern wird die Umstellung nicht verlangt. -st-

*(16)

Was Eltern für die Erziehung ihrer Kinder ausgeben

Obwohl in China Schulgeldfreiheit für die im Rahmen der Schulpflicht zu besuchenden Schulen (also Grundschule und Sekundarstufe I) besteht, müssen Eltern immer noch verhältnismäßig viel für die Bildung ihrer Kinder ausgeben. Angesichts der steigenden Kosten wird Bildung ein immer kostspieligeres Gut. Dies gilt insbesondere für die Erziehung außerhalb der Pflichtschule, also für Kindergärten, Sekundarstufe II und

den gesamten tertiären Bildungssektor. Je nach Region und Qualität der Schule differiert das Schulgeld für diese Schulen sehr stark. In der Regel liegt es in den Städten höher als auf dem Lande, weil die Städte über bessere Schulen verfügen. Einer Umfrage zufolge, die kürzlich in acht chinesischen Großstädten durchgeführt wurde, darunter in Beijing, Shanghai und Guangzhou, geben Eltern in diesen Städten durchschnittlich pro Jahr 1.585 Yuan für die Hochschulbildung ihrer Kinder aus; hinzu kommen 1.272 Yuan Lebenshaltungskosten für diese Kinder. Die Kosten pro Kind für die Sekundarstufe II liegen gewöhnlich zwischen 1.604 und 2.220 Yuan pro Jahr. (XNA, 17.6.96)

Doch auch für den Pflichtschulbesuch müssen Eltern zahlen, wenn auch kein Schulgeld, so doch alle möglichen Gebühren. Die Gesamtkosten für Kindererziehung liegen auch in diesem Bereich bemerkenswert hoch, nämlich derselben Umfrage nach zwischen 878 und 1.766 Yuan pro Jahr für Kinder, die die Mittelschulunterstufe besuchen, und zwischen 738 und 1.596 Yuan pro Grundschuljahr. Die Ausgaben für Kinder im Schulpflichtalter setzen sich jedoch - zumindest in den Städten - nur zu einem geringeren Teil aus Schulgebühren zusammen; sie werden zur Hauptsache für außerschulischen Unterricht wie Nachhilfe-, Mal-, Tanz-, Computer- und Fremdsprachenunterricht getätigt. Insgesamt, so wurde in der Umfrage herausgefunden, machten die Ausgaben für die Erziehung der Kinder in den Städten ein Fünftel des Familieneinkommens und ein Drittel der Ausgaben einer Familie aus. (Ebd.)

Der hohe Anteil der Ausgaben für die Bildung der Kinder in städtischen Familien zeigt den großen Stellenwert, den Bildung dort genießt. Städtische Familien sind bereit, einen beachtlichen Teil ihres Einkommens in die Erziehung der Kinder zu investieren, um deren spätere Berufschancen zu erhöhen. Die hohen Bildungsausgaben, insbesondere für außerschulische Bildung, sind aber auch ein Zeichen für den gestiegenen Lebensstandard. Dieser drückt sich nicht zuletzt in der zunehmenden Zahl teurer Privatschulen aller Schulstufen aus, für die pro Kind und Schuljahr nicht selten zwischen 15.000 und 30.000 Yuan gezahlt werden müssen.

Anders ist die Lage auf dem Lande. Dort genießt das Bildungswesen kein so großes Ansehen, so daß viele Eltern angesichts der steigenden Schulgebühren

ihre Kinder von der Schule nehmen, weil sie die Kosten nicht tragen können. Dies gilt vor allem für die Armutgebiete, wo etwa ein Zehntel aller schulpflichtigen Kinder die Schule aus wirtschaftlichen Gründen vorzeitig abbricht. Dort nehmen die Kosten pro Schulkind und Schuljahr ebenfalls ein Fünftel bis ein Drittel ein, aber da die Einkommen teilweise weit unter dem Existenzminimum liegen, sind die Kosten für den Schulbesuch untragbar. (Vgl. dazu Li Chunling, "An Educational System Grappling with Poverty", *China Perspectives*, Sept./Oct. 1995, S.30-35.) Die mangelhafte finanzielle Ausstattung der ländlichen Schulen drückt selbstverständlich auf das Niveau dieser Schulen. So sind Landkinder zumal in unterentwickelten Gebieten doppelt benachteiligt, zum einen, weil sie die Schule aus finanziellen Gründen häufig abbrechen müssen, zum anderen, weil die Schulen ihnen aufgrund der schlechten Qualität kaum Aussichten auf weiterführende Bildung eröffnen können. -st-

***(17)
Maßnahmen zur Durchsetzung der
Schulpflicht von Migrantenkindern**

Die Staatliche Bildungskommission hat kürzlich versuchsweise Regelungen für den Schulbesuch schulpflichtiger Kinder von Migranten erlassen. Die Wanderbevölkerung stellt nicht nur für die Geburtenregelung, sondern auch für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ein großes Problem dar, weil viele Migranten an ihrem neuen Aufenthaltsort ihre Kinder einfach nicht zur Schule schicken. Dadurch vergrößert sich das Heer der Analphabeten unnötig. Zur probeweisen Durchführung der Maßnahmen wurden sechs Provinzen und Städte ausgewählt, und zwar Beijing, Tianjin, Shanghai, Hebei, Zhejiang und Shenzhen (Guangdong). Im Jahre 1995 soll nach offiziellen Angaben die Wanderbevölkerung 80 Mio. umfaßt haben. Davon sollen etwa zwei bis drei Mio. Kinder im schulpflichtigen Alter sein. Für deren Schulbesuch sind die jeweiligen Regierungen, Schulen und Familien verantwortlich. Die örtlichen Regierungen in den Heimorten müssen Schulplätze für schulpflichtige Kinder von Migranten bereitstellen, ihnen Gelegenheit zum Schulbesuch geben und ein strenges Kontrollsystem einführen. Geht ein Kind bereits zur Schule, darf es den Schulort normalerweise nicht verlassen. Insbesondere wenn Verwandte sich um das Kind

kümmern, muß dieses in seinem Heimatort zur Schule gehen. Kinder, die mit den Eltern den Heimatort verlassen, müssen am Zielort normalerweise eine Ganztagschule als Gast Schüler besuchen; wo dies nicht möglich ist, können sie verschiedene Formen nichtregulärer Unterrichts erhalten oder, wenn möglich, ein Internat besuchen. In jedem Fall kann von den Eltern eine bestimmte Schulgebühr verlangt werden. (*Fazhi Ribao*, 7.6.96)

Am wenigsten problematisch ist die Erfassung der schulpflichtigen Kinder im Heimatort, weil die Familien dort registriert sind. In den Zielorten der Wanderbevölkerung ist es überaus schwierig, die entsprechenden Kinder ausfindig zu machen, weil sich ein großer Teil der Neuankömmlinge nicht bei den Meldeämtern anmeldet. Deshalb kann die Erfassung schulpflichtiger Kinder von Wanderarbeitern nur in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Heimorte erfolgen. -st-

***(18)
Revision der Hongkonger Schulbücher**

In Hongkong bereiten sich die Schulbuchverlage auf die bevorstehende Rückgabe Hongkongs an China vor. Zwar werden ab dem 1. Juli 1997 nicht alle bisherigen Schulbücher aus dem Verkehr gezogen, aber sie werden nach und nach erneuert, um sie der offiziellen Interpretation und Diktion der VR China anzupassen und somit der Zugehörigkeit Hongkongs zu China Rechnung zu tragen. So wird beispielsweise Taiwan nicht mehr als eigenes Land bezeichnet werden; alle Texte, die die "Zwei-China"-Theorie zum Ausdruck bringen, würden korrigiert, und noch verwendete Schulbücher würden mit einer entsprechenden Korrektur versehen. Der Begriff "Republik China" würde dann nur noch für die Zeit vor 1949 benutzt, verlautete aus Kreisen der Hongkonger Schulbuchverleger. Auch historische Texte sollen revidiert werden, z.B. soll der Opiumkrieg, der dazu führte, daß Hongkong britisch wurde, nicht mehr als "westlichem Blickwinkel" gesehen werden. Einiges soll allerdings auch der individuellen Entscheidung der Verleger überlassen werden. So soll es z.B. in deren eigenem Ermessen liegen, wie sie die Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 behandeln. Der Präsident der Hongkonger Vereinigung der Schulbuchverleger be-

stritt, daß von seiten Beijings Druck ausgeübt worden sei. Das Vorbereitungskomitee habe sich zwar mit dem Inhalt der Schulbücher befaßt, aber versichert, daß "unkorrekte" Publikationen nicht unmittelbar nach der Übergabe verboten würden. Im "Basic Law" seien den Verlegern ein hohes Maß an Freiheit zugestanden worden. Dennoch, so heißt es, werde man den neuen Lehrplänen nach der Übergabe Rechnung tragen und die Bücher von einem pragmatischeren Gesichtspunkt aus neu verfassen. (SCMP, 11.6.96)

Die VR China kann nicht gleichgültig gegenüber dem sein, was nach der Übergabe in den Hongkonger Schulen gelehrt wird. Insofern ist es verständlich, daß sie schon jetzt Einfluß zu nehmen versucht. Doch deutet alles darauf hin, daß es kein abruptes Verbot aller alten Schulbücher geben wird. Zunächst wird man bestimmte Sprachregelungen einführen, denen dann Neinterpretationen Schritt für Schritt folgen werden. Ähnlich wie im Pressewesen, wo der Anpassungsprozeß schon seit längerem im Gange ist, wird sich auch bei den Schulbuchverlagen der Anpassungsprozeß im großen und ganzen selbstregulierend vollziehen. Schließlich wollen die Verlage weiter im Geschäft bleiben. -st-

***(19)
Nationale Konferenz über Berufsbildung**

Mitte Juni fand in Beijing die dritte nationale Konferenz über Berufsbildung statt. Sie wurde von der Staatlichen Bildungskommission, der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission und dem Arbeitsministerium veranstaltet. (Vgl. dazu GMRB, 18.6.96) Die erste derartige Tagung hatte 1986 stattgefunden. Die Konferenz stand ganz im Zeichen des im vorigen Monat verabschiedeten Berufsbildungsgesetzes, durch das die Berufsbildung erstmalig auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wurde. Auf der Konferenz wurden die Schwerpunkte der Berufsbildungsarbeit für die nächsten Jahre festgesetzt. Aus ihnen lassen sich zwei Tendenzen ableiten: Zum einen soll der Anteil der Mittelschüler, die eine berufliche Mittelschule besuchen, weiter erhöht werden. In den vergangenen zehn Jahren, so hieß es, seien in dieser Hinsicht große Erfolge erzielt worden. Derzeit besuchten bereits 58 Prozent aller Mittelschüler eine Berufsschule. Bis zum Ende des Jahrhunderts könne in entwickelten Ge-

bieten der Anteil der Schüler auf der Sekundarstufe II, die eine berufliche Schule besuchen, auf 60-70 Prozent steigen. Die Politik geht also dahin, den Anteil der Schüler, die auf der Mittelschuloberstufe eine allgemeinbildende Schule besuchen, weiter zurückzuschrauben. Damit soll dem Bedarf an Fachleuten mit qualifizierter Berufsausbildung Rechnung getragen und zugleich der Druck auf die Universitäten und Hochschulen gemindert werden. Als gravierendes Problem beim Ausbau der beruflichen Bildung wurde der Mangel an Berufsschullehrern bezeichnet.

Die zweite Tendenz ist die verstärkte Einführung beruflicher Bildung auf dem Lande, und zwar bereits im Rahmen der Grundbildung und nicht erst auf der Sekundarstufe II, wie es in den Städten die Regel ist. Dies bedeutet, daß auf dem Lande Allgemeinbildung zugunsten berufsbildenden Unterrichts in den Hintergrund tritt. Ein solcher bildungspolitischer Ansatz wird auf dem Lande für sinnvoller gehalten, weil man davon ausgeht, daß die Landjugend eher an praktischen, in der Landwirtschaft verwertbaren Kenntnissen als an Allgemeinwissen interessiert ist. Zu einem großen Teil mag dies zutreffen, doch der Nachteil dieser bildungspolitischen Linie liegt darin, daß begabte Landkinder, die nur eine auf die örtlichen Bedürfnisse ausgerichtete, stark beruflich orientierte Bildung erhalten, praktisch keine Möglichkeit haben, je eine weiterführende allgemeinbildende Schule oder gar eine Hochschule zu besuchen.

Auf der Konferenz wurden auch einige Zahlen zum Berufsschulwesen bekanntgegeben. So gab es Ende 1995 in ganz China rund 17.000 berufliche Mittelschulen mit insgesamt 9,39 Mio. Schülern. Daneben gab es über 2.000 Ausbildungszentren für Berufstätige sowie gut 400.000 Einrichtungen für berufliche und technische Bildung und Fortbildung. (GMRB, 18.6.96) -st-

*(20)

Bestimmungen über Filmverwaltung

Ende Juni 1996 wurden in China umfassende Bestimmungen über die Filmverwaltung erlassen. Sie treten am 1. Juli 1996 in Kraft. Die Bestimmungen, die aus 8 Kapiteln und 64 Artikeln bestehen, regeln Errichtung und Arbeit von Filmstudios, Filmzensur, Im- und Export von Filmen, Vertrieb und Vorführung von Filmen, Schutz des Films

und zu verhängende Sanktionen bei Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen. Im folgenden werden die wichtigsten Vorschriften zusammengefaßt:

Filmstudios: Filmstudios dürfen nur mit Genehmigung staatlicher Behörden gegründet werden, wobei bestimmte materielle und fachliche Voraussetzungen zu erfüllen sind. Sie müssen ein ordentliches Verwaltungssystem haben und gute Filmqualität garantieren. Filmstudios können folgende Aufgaben wahrnehmen: Filme drehen, Kopien von ihren eigenen Filmen herstellen, gemäß den staatlichen Bestimmungen innerhalb Chinas Kopien ihrer eigenen und für das Publikum freigegebenen Filme vertreiben und solche Filme gemäß den staatlichen Bestimmungen exportieren. Ein Filmstudio genießt rechtmäßige Urheberrechte an den eigenen Filmen und muß für jegliche anderweitige Nutzung seine Zustimmung geben. Es ist ihm erlaubt, mit ausländischen Partnern Koproduktionen in- oder außerhalb Chinas zu unternehmen; allerdings muß die chinesische Seite zuvor die Genehmigung des Ministeriums für Rundfunk, Film und Fernsehen einholen. Die Genehmigung wird immer nur einmalig erteilt. Für gemeinsam produzierte Filme gelten die normalen Einfuhrbestimmungen. Bei Kooperationen mit ausländischen Partnern müssen die Gesetze und Vorschriften der VR China beachtet werden, desgleichen die "nationalen Sitten und Gepflogenheiten". Die Fertigstellung des Films (Entwickeln, Endbearbeitung u.ä.) hat in China zu geschehen. Muß sie aus technischen Gründen im Ausland erfolgen, ist die Genehmigung des Ministeriums einzuholen.

Filmzensur: Der Staat praktiziert Filmzensur. Ohne offizielle Genehmigung dürfen Filme nicht vertrieben, vorgeführt, ein- und ausgeführt werden. Filme mit folgendem Inhalt sind verboten:

- wenn sie der Einheit, Souveränität und Territorialhoheit schaden;
- wenn sie der Sicherheit, dem Ansehen und den Interessen des Staates schaden;
- wenn sie zur Spaltung der Nation anstiften und die Einigkeit der Nation zerstören;
- wenn sie Staatsgeheimnisse preisgeben;
- wenn sie Pornographie und Aberglauben verbreiten oder Gewalt darstellen;
- wenn sie Menschen diffamieren oder demütigen;
- wenn sie andere staatlich verbotene Inhalte haben.

Jeder produzierte oder importierte Film muß den Filmzensurorganen vorgelegt werden, wobei in beiden Fällen Gebühren erhoben werden. Bei Genehmigung erhält das Filmstudio oder das Filmimportunternehmen ein Zertifikat, daß der Film zur öffentlichen Vorführung freigegeben ist. Gegen ein Urteil kann Protest beim Ministerium eingelegt werden.

Filmimport und -export: Der Import ausländischer Filme muß über staatlich autorisierte Filmimportfirmen erfolgen. Ohne Genehmigung darf kein Unternehmen und keine Einzelperson im Filmimportgeschäft tätig sein. Für öffentliche Vorführungen eingeführte Filme müssen von den Filmzensurorganen geprüft werden. Filme können nur gezeigt werden, wenn der Importeur die Nutzungsrechte an dem Film erworben hat. Die Urheberrechte für synchronisierte Filme bedürfen der vertraglichen Regelung. Solange kein Vertrag besteht, liegen sie beim Synchronisationsstudio. Sollen chinesische Filme auf chinesisch- ausländischen Filmpräsentationen oder bei Filmfestspielen gezeigt werden, so muß die Genehmigung vom Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen eingeholt werden.

Filmvertrieb und -vorführung: Filmvertriebe und Kinos dürfen nur gemäß den staatlichen Bestimmungen gegründet werden. Erstere brauchen die Genehmigung der Provinzbehörden oder - wenn sie in mehreren Provinzen tätig sein wollen - des Ministeriums. Für die Errichtung von Kinos ist die Genehmigung der Behörden oberhalb der Kreisebene einzuholen. Bei der Nutzung von Audio- und Videoprodukten von Filmen sind die Urheberrechte zu beachten. Beim Vorführen von Filmen ist auf das Verhältnis zwischen chinesischen Filmproduktionen und importierten Filmen zu achten. In China produzierte Filme müssen mindestens zwei Drittel der jährlichen Vorführzeit des jeweiligen Kinos einnehmen.

Schutz des Films: Der Staat errichtet und verbessert ein zur "sozialistischen Marktwirtschaft" passendes Filmverwaltungssystem und entwickelt die Filmindustrie. Er schützt die Freiheit des Filmschaffens, bildet Filmfachleute aus und fördert den Film. Der Staat richtet einen Filmförderungsfonds ein und ergreift andere Maßnahmen zur Förderung des Films. Aus dem Fonds können folgende Projekte unterstützt werden:

- das Drehen staatlich geförderter wichtiger Filme und das Sammeln hervorragender Drehbücher;

- die Verbesserung der technischen Ausstattung wichtiger Filmstudios;
- die Verbesserung der Ausrüstung von Filmvorführstellen;
- die Entwicklung des Films in Gebieten nationaler Minderheiten sowie in Grenz- und Armutsgebieten;
- andere Projekte, die Unterstützung benötigen.

Der Staat fördert und unterstützt ferner Produktion, Vertrieb und Vorführung von Wissenschafts- und Erziehungsfilmen, Dokumentar-, Kultur- und Kinderfilmen. Er fördert bevorzugt Vertrieb und Vorführung von Filmen in den unterentwickelten Gebieten und auf dem Lande.

Die *Sanktionen* bei Verstößen gegen diese Bestimmungen reichen von Verböten über Konfiszierungen bis hin zu Geldstrafen.

(RMRB, GMRB, 26.6.96)

Hauptzweck dieser Bestimmungen sind die Sicherstellung der Kontrolle über ausländische Filme und der Schutz der einheimischen Filmindustrie. Chinas Filmbranche befindet sich seit Jahren in der Krise, vor allem aufgrund der Konkurrenz durch das Fernsehen, schlechte Qualität, mangelnde Finanzausstattung und einen teilweise ungeordneten Markt. Die große Sorge der Filmbürokratie ist vor allem ein zu starker Zufluß von ausländischen Filmen minderer Qualität, die Moral, Lebensweise und Weltbild der Chinesen negativ beeinflussen könnten. Gerade kürzlich hat Beijing bei Fernsehfilmen den Anteil ausländischer Produktionen zur Hauptsendezeit auf 15 Prozent (Xinhua, Beijing, für Hongkong, chin., 21.6.96, nach SWB, 25.6.96; nach SCMP, 26.6.96 auf 20 Prozent) begrenzt. In den vorliegenden Bestimmungen wird die Vorführzeit für ausländische Filme auf ein Drittel beschränkt. Dadurch soll eine Überschwemmung des chinesischen Filmmarktes mit unliebsamen ausländischen Produktionen verhindert und zugleich die einheimische Filmindustrie geschützt werden. Auch in dem im Juli 1994 veröffentlichten Entwurf zu diesen Bestimmungen war der Anteil importierter Filme bereits auf 30 Prozent begrenzt worden (vgl. C.a., 1994/7, Ü 17).

Besonders hinzuweisen ist auf den Filmförderungsfonds, der ebenfalls der Stärkung der chinesischen Filmwirtschaft dient. Der Fonds wird anteilig aus dem Verkauf von Kinokarten gespeist. Während die Kinobetreiber bis vor kurzem 0,05 Yuan pro verkaufter

Kinokarte an den Staat abführen mußten, ist dieser Anteil jetzt auf 5 Prozent der Einnahmen aus dem Kartenverkauf erhöht worden. Die Erhöhung der Abgabe darf allerdings laut behördlicher Anordnung nicht zu Preissteigerungen bei Kinokarten führen. In unterentwickelten Kreisen, die von der Regierung unterstützt werden, können Filme auch unentgeltlich gezeigt werden. Die Abgabe auf Kinokarten wurde zusammen mit Gründung des Filmförderungsfonds im Jahre 1991 eingeführt. Seitdem wurden 113 Mio. Yuan kassiert. Davon wurde etwa die Hälfte für die Produktion wertvoller Filme ausgegeben, mit der anderen Hälfte wurde die Verbesserung der Kinos und deren Ausstattung in unterentwickelten Gebieten finanziert. (XNA, 30.6.96) -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Deutsches China-Geschäft in Gefahr?

Im Zusammenhang mit der "Tibet-Erklärung" des Deutschen Bundestages traten in den letzten Wochen politische Spannungen im außenpolitischen Verhältnis zwischen Deutschland und China auf. Die Ausladung von Außenminister Kinkel durch die chinesische Seite und im Gegenzug die Absage der Reise deutscher Minister nach China führten zu einer Trübung der bisher relativ entspannten bilateralen Beziehungen. Sofort wurde die Frage nach möglichen Auswirkungen der politischen Spannungen auf die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen gestellt. Hierbei gibt es unterschiedliche Positionen, da einige Vertreter der deutschen Wirtschaft den politischen Rahmenbedingungen eine bedeutende Rolle für das deutsche China-Geschäft zuschreiben, während andere der Politik nur eine Nebenrolle zugestehen.

Die Argumentation der letztgenannten Gruppe basiert auf den Erfahrungen, daß für die chinesische Seite der Preis das wichtigste Kriterium bei Lieferungen sei. (SZ, 26.6.96) Weiterhin sei das Geschäft vor allem der mittelständischen Unternehmen in China kaum von der großen Politik berührt, da nicht mehr die Zentralregierung in Beijing über Geschäftsabschlüsse entscheide, sondern dezentral Entscheidungen getroffen würden. (SZ, 26.6.96)

Für Vertreter von Großunternehmen, die sich mit hohem Kapitalengagement in China langfristig verpflichten, sind dagegen die Spannungen im politischen Bereich durchaus beunruhigend. (SZ, 26.6.96; FAZ, 27.6.96) Bei der Vergabe von Großaufträgen im Kraftwerksbau, im Transport- oder Telekommunikationssektor ist die chinesische Zentralregierung stärker involviert und hat in der Vergangenheit oftmals politische Dissonanzen mit einer ausländischen Regierung als Grund für die Diskriminierung von Unternehmen aus diesem Land gesehen. Da der chinesische Markt nicht nur von der europäischen Konkurrenz, sondern vor allem von Unternehmen aus Japan und den USA umworben wird, befürchten deutsche Großunternehmen negative Auswirkungen politischer Spannungen. (HB, 27.56.96)

Wird an die Signalwirkung und das Volumen der Großaufträge gedacht sowie an die damit verbundenen Chancen für deutsche Zulieferbetriebe, dann besitzen entspannte politischen Rahmenbedingungen durchaus eine wichtige Rolle. Die "Türöffnerfunktion" von hochrangigen Politikerreisen sollte dementsprechend nicht unterschätzt werden.

Stellvertretend für die deutsche Wirtschaft gab Heinrich Weiss, Vorsitzender des Arbeitskreises China beim Asien-Pazifik-Ausschuß, eine Einschätzung der Situation. Weiss zufolge stelle die chinesische Seite derzeit trotz der politischen Spannungen nicht die Wirtschaftsbeziehungen in Frage; die Zuspitzung des Konflikts halte er für ein innerdeutsches Problem. (HB, 25.6.96) Auch andere Vertreter der deutschen Wirtschaft, die Schlüsselfunktionen einnehmen, rechnen nicht mit einer Gefährdung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen bzw. "Strafaktionen" aus Beijing, warnen jedoch vor einer weiteren Eskalierung. (HB, 25. und 27.6.96; SZ, 25.6.96)

Für die mittelständischen deutschen Unternehmen, die am chinesischen Markt interessiert sind, ist nach wie vor die im September in Beijing stattfindende Mittelstandskonferenz ein wichtiger Termin, um Kooperationsmöglichkeiten mit chinesischen Unternehmen zu erkunden. Insgesamt haben sich die deutschen Investitionen in China im Verlauf der letzten Jahre verstärkt. Angaben der deutschen Botschaft in Beijing zufolge beliefen sich die Investitionszusagen im Zeitraum 1979 bis 1993 auf 1,5 Mrd.; 1994 und 1995 betrug das Volumen 1,3